

Erläuterungen:

Die 8. Sitzung des Inklusions-Fachbeirates fand am 31.08.17 statt. Das Ergebnisprotokoll ist als Anlage beigefügt.

Für ergänzende Informationen steht der Vorsitzende des Inklusions-Fachbeirates in der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit zur Verfügung.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Zur Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 21.09.17.

In Vertretung

Heinze
Kreisdirektorin
Dezernentin für Soziales

Ergebnisprotokoll

der 8. Sitzung des Inklusions-Fachbeirates im Rhein-Sieg-Kreis am 31.08.17

Teilnehmende: siehe beigefügte Teilnehmerliste
Ergebnisprotokoll: Marion Michaelis

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Herr Wingender begrüßte die Teilnehmenden, insbesondere Herrn Knopp von der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft (RSVG) sowie Herrn Haag von der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sowie Herrn Dr. Sarikaya und Herrn Dr. Berbuir vom Fachbereich Verkehr und Mobilität der Kreisverwaltung.

TOP 2: Tagesordnung

Es gab keine Änderungswünsche der vorgesehenen Tagesordnung.

TOP 3: Barrierefreiheit im ÖPNV

Schulungen für Busfahrer

Herr Wingender wies auf die Bedeutung von Schulungen für Busfahrer im Umgang mit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen hin.

Herr Knopp bestätigte, dass seitens der RSVG regelmäßig Schulungen durchgeführt würden, bei denen man auch die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtige. Leider habe die RSVG nicht immer Einfluss darauf, ob die Fahrer dies im Alltag auch umsetzten. Einige würden die Hinweise beachten, andere seien beratungsresistent. Für die Schulungen sei auch Material wie z. B. Simulationsbrillen beschafft worden. Darüber hinaus biete die RSVG auch sogenannte Rollatorschulungen gemeinsam mit einem Sanitätshaus an. Das Interesse an diesen Schulungen sei aber eher gering.

Herr Haag erklärte, dass bei den Schulungen der RVK auch das Thema Barrierefreiheit durch das Einbeziehen von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werde.

Korrektes Anfahren der Haltestellen

Herr Wingender erläuterte, dass von einigen Busfahrern der Bordstein an den Haltestellen nicht korrekt angefahren würde. Der so entstehende Spalt zwischen Bus und Bordstein erhöhe die Unfallgefahr für Sehbehinderte, insbesondere wenn der

Abstand ca. 20 cm betrage. Wenn ein nahes Heranfahren nicht möglich sein sollte, halte er einen größeren Abstand z. B. von 40 cm für leichter überwindbar.

Herr Wingender schlug vor, dass Busfahrer Personen, die in Begleitung eines Blindenhundes seien, darauf aufmerksam machen sollten, wenn sich ein weiterer Hund im Bus befindet.

Frau Wingender merkte an, dass das Verhalten von 70 % aller Busfahrer aber nach ihrer Einschätzung durchaus positiv zu bewerten sei.

Frau Kleinheyer wies darauf hin, dass manchen Busfahrern der Unterstützungsbedarf nicht bewusst sei sodass dieser auch von Seiten der Menschen mit Behinderung kommuniziert werden müsse.

Herr Knopp erklärte, dass bei Hilfestellungen beim Ein- und Ausstieg bedacht werden müsse, dass Busfahrer beim eigenen Ausstieg zunächst die Kasse verriegeln müssten. Dies führe mitunter zu Verzögerung der benötigten Hilfe.

Herr Haag erläuterte, dass bei Beschwerden über ein Fehlverhalten von Seiten der Busfahrer immer Haltestelle und Uhrzeit angegeben werden sollten. Nur so könne man dem nachgehen.

Herr Kröder machte auf die besonderen Bedarfe von Hörbehinderten aufmerksam. Hier seien alle Schrifthanzeigen hilfreich, die jedoch mit den Haltestellenansagen übereinstimmen müssten. Herr Knopp und Herr Haag wiesen darauf hin, dass künftig durch eine Verbesserung der technischen Voraussetzungen dieses Problem behoben werden könne.

Haltestellenansage und Lautstärke

Herr Knopp erklärte, dass akustische und optische Ansagen in der Regel übereinstimmten. Herr Haag wies darauf hin, dass künftig Monitore statt Laufbänder eingesetzt würden. Herr Wingender machte darauf aufmerksam, dass bei Ausfall der Haltestellenansage der Busfahrer diesen Part übernehmen müsse. Herr Knopp bestätigte auf Nachfrage von Herrn Dr. Sarikaya, dass den Busfahrern alle Haltestellen bekannt seien. Herr Wingender regte an, die Lautstärke der Bandansagen im Betriebshof zu testen. Er schlug vor diese Thematik in die Schulungen der Busfahrer mit aufzunehmen.

Bezüglich der Unterstützung von Hörgeschädigten erklärten die Vertreter der Verkehrsbetriebe, dass soweit wie möglich auf die Belange dieser Personengruppe eingegangen werde. Mitunter werde das Problem per Schrift gelöst oder durch Mitlesen am Bildschirm.

Herr Engler machte auf die Probleme von Menschen mit psychischer Behinderung aufmerksam, die mitunter nicht in der Lage seien zu kommunizieren oder die z. B. die Enge oder die Lautstärke im Bus als unangenehm empfänden oder mit Angstzuständen darauf reagierten, was Frau Besler bestätigte.

Er warb darum, auch für diese Belange und Nöte Verständnis aufzubringen.

Abschließende teilte Herr Haag mit, dass die RVK sich bemühe, durch klare Beschilderungen, einheitliches Layout und einfache Ansagetexte einer Barrierefreiheit im Sinne „einfach für alle“ gerecht zu werden. Herr Wingender verwies auf die Möglichkeit der Nutzung von Leichter Sprache.

Sachstand barrierefreier Ausbau von Haltestellen und Bussen

Herr Knopp verwies darauf, dass der Ausbau barrierefreier Haltestellen in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen falle. Inzwischen seien viele gut ausgebaute Haltestellen eingerichtet und Niedrigflurbusse zum Einsatz gekommen.

Herr Wingender machte deutlich, dass bei Neuanschaffungen auf eine möglichst stufenfreie Innenausstattung geachtet werden sollte.

Bezüglich der Installation von Rückhaltegurten erklärten die Vertreter der Verkehrsbetriebe, dass diese nicht von allen Rollstuhlfahrern gewünscht würden.

Herr Dr. Berbuir erläuterte, dass von 2.260 Haltestellen inzwischen 458 ausgebaut seien, für weitere 454 seien Fördermittel angefordert. Der Ausbau falle in den Zuständigkeitsbereich der Städte und Gemeinden.

Herr Haag erklärte, dass bei der RVK seit 2004 vorwiegend Niedrigflurbusse im Einsatz seien.

Herr Hirschmann fragte nach Fahrplänen in Leichter Sprache. Herr Haag verwies auf das geschilderte einheitliche Layout und eine größere Beschriftung. Er begrüßte die Anregung von Herrn Hirschmann und werde die Umsetzungsmöglichkeiten prüfen. Herr Wingender regte an, dass für Menschen mit Lernschwierigkeiten Piktogramme (Uhrzeit nicht in Form von Zahlen sondern durch das Bild einer Uhr) hilfreich seien.

Herr Haag machte auf das Problem aufmerksam, dass Barrierefreiheit zum Teil unterschiedlich definiert und bewertet werde. Er halte es für notwendig, dass einheitliche Standards definiert würden.

Herr Dr. Berbuir gab an, dass der Rhein-Sieg-Kreis in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden in einem Haltestellenkataster von jeder Haltestelle ein Bild hinterlegt werde.

Sachstand Mitnahme von E-Scootern

Herr Knopp wies auf das erstellte Gutachten hin, das Grundlage für die Untersagung der Mitnahme von E-Scootern gewesen sei und das heftige Kritik in der Bevölkerung ausgelöst habe. Inzwischen seien bundesweit einheitliche Richtlinien erlassen worden. E-Scotter nach diesen Richtlinien seien jedoch noch nicht auf dem Markt. Zudem müsste der Hersteller durch eine Bescheinigung belegen, dass das Modell zur Mitnahme in Bussen und Bahnen geeignet sei. Diese Bescheinigung müsse künftig dem Busfahrer vorgelegt werden. Wegen bestehender Unsicherheit seien Busfahrer über den Unterschied von E-Scooter und Elektrorollstühle an Hand von Fotos informiert worden.

Herr Haag machte deutlich, dass man sich auf Haftungsgründen streng an das Gutachten gehalten habe und die Verweigerung einer Mitnahme keine Willkür der Verkehrsbetriebe gewesen sei. Sowohl E-Scooter als auch Busse müssten künftig einheitlich gekennzeichnet sein. Frau Kleinheyer machte darauf aufmerksam, dass E-Scooter in vielen Fällen aus medizinischen Gründen notwendig seien.

Sachstand barrierefreie Fahrgastinformation

Herr Haag informierte über die Arbeitsgruppe „Auskunft“. In der Testphase befinde sich ein Modell, das über stufenlose Erreichbarkeit informiere.

Herr Wingender verdeutlichte, dass eine Vorlesefunktion am PC oder Handy für Sehbehinderte wichtig sei. An einigen Haltestellen erhalte man eine sprachliche Auskunft per Knopfdruck. In den Kreisen Soest und Unna verfüge man über ein Busnavigationssystem, das Ansagen in Bussen überflüssig mache. Herr Kröder machte auf eine Broschüre der Kölner Verkehrsbetriebe (Mit Bus und Bahn unterwegs) aufmerksam, die in einfacher Sprache verfasst sei.

Herr Wingender wies noch auf die Problematik der Elektrobusse für Sehbehinderte hin. Durch das fehlende Motorengeräusch seien sie für Menschen mit Sehbehinderung nicht ungefährlich. Die beiden Vertreter der Verkehrsbetriebe sagen zu, diesen Aspekt bei ihren Schulungen mit zu berücksichtigen.

Herr Wingender bedankte sich bei Herrn Knopp, Herrn Haag und den Vertretern des Rhein-Sieg-Kreises für die konstruktive Diskussion.

TOP 4: Aktionsplan Inklusion

Herr Liermann informierte, dass zur Umsetzung der Maßnahme „Dialog über eine barrierefreie Fahrgastinformation“ im Rahmen des Aktionsplans Inklusion eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Inklusions-Fachbeirates eingerichtet werden sollte. Da viele Mitglieder an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen konnten wurde das Thema auf die nächste Sitzung am 23.10.17 verschoben.

TOP 5: Stand der Anfragen des Beirates

Herr Wingender verwies darauf, dass die Schreiben an Banken, Akteuren des Gesundheitswesens etc. den Mitgliedern zur Kenntnis geschickt worden seien. Wegen der geringen Teilnahme der Mitglieder an wurde das Vorstellen der Ergebnisse auf die Sitzung am 23.10.17 verschoben.

TOP 6: Verschiedenes

Fahrdienst für Menschen mit Behinderung

Herr Liermann berichtete, dass zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe, in der auch Mitglieder des Inklusions-Fachbeirates vertreten seien, eingerichtet werden soll. Als Vertretung für den Inklusions-Fachbeirat erklärten sich Herr Wingender und Frau Kleinheyer bereit, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken. Das Thema soll in der Sitzung am 23.10.17 erneut erörtert werden.

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung

Das Thema wurde auf die Sitzung am 23.10.17 verschoben.

Themen für die Sitzung am 23.10.17

- Sachstand Fahrdienst für Menschen mit Behinderung
- Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
- Stand der Anfragen des Beirats
- Arbeitsgruppe Aktionsplan

Herr Wingender bat, weitere Themenwünsche der Geschäftsstelle oder dem Vorsitzenden mitzuteilen.